

Gespräch mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch für das Slowakische Fernsehen, ausgestrahlt am 18. Oktober 2004

Frage: Wenn man von Hessen spricht, kann sich unsereiner darunter nicht viel vorstellen. Frankfurt am Main aber, kennt man als Metropole des Finanz- und Bankenwesens. Sowohl das Bundesland Hessen, als auch seine Hauptstadt Frankfurt, sind an einer Zusammenarbeit mit der Slowakei interessiert, wobei diese auf einer qualitativ unterschiedlichen Basis funktionieren soll, als es bislang auf Bundesebene praktiziert wird. Wie definieren Sie die bilateralen Beziehungen Hessens mit der Slowakei?

MP Koch: Wir sind heute deswegen hier, weil wir die Slowakei für wirtschaftlich interessant halten. Wir haben heute nicht mehr eine Beziehung wie vor 10 Jahren, als es um Hilfe oder Unterstützung ging. Vielmehr befinden wir uns heute in einer ähnlichen Situation, in der unsere Länder voneinander lernen und zusammen Geschäfte machen können.

Frage: Der amerikanische Konzern General Motors plant in Deutschland in den Opel-Automobilwerken – auch in Hessen – zehntausend Arbeitsplätze abzubauen. Auch Volkswagen denkt über Stellenkürzungen nach. Im Gegensatz dazu gewinnt die Automobilbranche in der Slowakei immer noch an Zuwachs. Ist es nicht so, dass uns deswegen die Deutschen als Konkurrenz wahrnehmen, weil wir ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen?

MP Koch: Natürlich konkurrieren wir auch gegenseitig innerhalb der EU und das wird auch so bleiben, weil wir auf gemeinsamer Basis arbeiten. Diese Konkurrenz muss jedoch für beide vorteilhaft sein. Wenn wir in Deutschland von Stellenabbau sprechen, geht es um ein großes Problem. Aber im Fall von Opel geht es nicht um eine Konkurrenz zwischen Deutschland und der Slowakei, sondern um Konkurrenz mit Schweden. Im Osten und Westen wird es immer Gebiete geben, wo wir konkurrieren werden, weshalb wir innovativ sein müssen, um gemeinsam Gewinne erzielen zu können. Vieles können wir an die slowakische Automobilindustrie verkaufen. Unsere Lieferanten bemühen sich darum, wodurch auch deutsche Arbeitsplätze gesichert werden können. Unsere Herausforderung ist es, in ganz Europa wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Frage: Wir hören trotzdem aus Deutschland auch gereizte Stimmen, die unsere niedrigen Steuern und weitere Investitionsstimuli kritisieren.

MP Koch: In einer Zeit, in der es Deutschland wirtschaftlich nicht so gut geht, bedeutet jeder Konkurrent eine weitere Herausforderung, was nicht jedem gefällt. Es ändert jedoch nichts daran, dass sich - meiner Meinung nach - im nächsten Jahrzehnt zeigen wird, dass Deutschland am meisten dazu gewinnen konnte, weil es zahlreiche Verträge und Abkommen mit seinen Nachbarstaaten unterschrieben hat. Wir haben immer für die EU-Erweiterung gekämpft, damit sich der Raum für Frieden und Stabilität erweitert. Jetzt gilt es, sich mit unseren Ideen und Fähigkeiten durchzusetzen. In den ersten zehn Jahren nach dem Fall des eisernen Vorhangs war es wegen der Preisunterschiede schwer, sich innerhalb der EU zu positionieren. Aber es werden auch bei Euch Gehälter und Lebensstandards steigen. Ihr werdet euch

immer mehr dem Niveau Deutschlands annähern und danach wird es hier nur noch einen Ideenwettbewerb geben. Und so ist es auch gut.

Frage: Hessen ist das erste Bundesland, das das Gesetz über das Verbot des Tragens religiöser Symbole im Staatsdienst bewilligte. Das Verbot bezieht sich aber nicht auf christliche Symbole. Ist das nicht das Ende einer demokratischen multikulturellen Gesellschaft, in der alle gleiche Rechte haben?

MP Koch: Erstens haben alle die gleichen Rechte und ein aggressives Tragen christlicher Symbole ist Staatsbeamten genauso untergesagt wie es bei anderen Religionen der Fall ist. Aber wir sind ein Land, das von 2000 Jahren des christlichen Humanismus geprägt ist. Daraus sind manche Dinge in das alltägliche Leben übergegangen. Zum Beispiel das Tragen eines Kreuzes auf dem Hals ist ein Teil dessen. Das Tuch auf dem Kopf wird jedoch nicht einmal von islamischen Frauen als normaler Ausdruck ihrer Religion akzeptiert. Es ist ein Zeichen einer aggressiven politischen Aussage. In Deutschland darf man das Tuch natürlich überall tragen. Untergesagt ist es nur dann, wenn jemand im Dienst den Staat repräsentiert.